



*Bundesarbeitsgemeinschaft der Pflegeorganisationen
und des Hebammenwesens*

Bundestagsfraktion
Mitglieder d. Gesundheitsausschusses
DKG
DKV

Berlin, 14.10.04

Gemeinsame Stellungnahme Deutscher Pflegerat e. V. (DPR) und die Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) zur Ausbildungsfinanzierung –
2. Fallpauschalenänderungsgesetz

Der Deutsche Pflegerat e. V. und die Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) sind gemeinsam der Auffassung, dass eine Regelung, nach der einzelne Schulträger mit Kassen vor Ort die Vergütung der Ausbildungskosten verhandelt, nicht zielführend sein kann; daraus entsteht keine Perspektive für die Sicherung der Ausbildung, wir befürchten, dadurch wird Ausbildungskapazität und Ausbildungsqualität eher unterlaufen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, im § 17a KHG folgende Punkte zu regeln:

- Es gibt keine Einzelverhandlungen vor Ort
- Es gibt auf Bundesebene festgelegte Landespauschalen
- Bei Nachweis von Kosten oberhalb der Pauschale werden stufenweise über die Konvergenzphase die Mehrkosten in Richtung Pauschale angepasst.
- Bei Kosten oberhalb der Pauschale werden die entsprechend höheren Werte aus den Budgets der Kliniken ausgegliedert
 - Ausbildungsbudgets sind ausgegliedert
 - Die Zweckbindung bleibt erhalten
 - Verwendung muss nachgewiesen werden
 - Es gibt weiterhin eine Fondsregelung
 - Es wird Qualitätsstandards geben (entweder durch Landesbehörde oder durch Fachexpertise).
 - Bei den Verhandlungen zu den Pauschalen und Qualitätsstandards haben Fachebene der Länder und Verbände/Gewerkschaft Mitwirkung

Die Punkte 2 und 3 lassen sich ohne Probleme in den vom Deutschen Pflegerat e. V. und den gesetzlichen Krankenkassen gemeinsam vorgelegten Entwurf für eine Neufassung des § 17a KHG integrieren.

Auch die Vertreter der gesetzlichen Krankenkassen unterstützen diese veränderte Vorlage.

Der Deutsche Pflegerat e. V. und die Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unterstützt mit Nachdruck das Ziel des Gesetzgebers (FPGesetz 2002), mit einer Pauschalierung und Beteiligung aller Krankenhäuser einen gerechteren Finanzausgleich und abgesicherten Budgetanteil für die jeweilige Ausbildungsstätte zu erreichen.

Daher fordern wir die Politik auf, ab 2005 die ausbildungssichernden Maßnahmen einzuführen. Damit erreichen Sie, dass den jungen Menschen, die einen Pflegeberuf erlernen wollen, eine positive Perspektive gegeben wird und den Lehrenden in Theorie und Praxis Umsetzungssicherheit für den Bildungsauftrag und für die Bildungsverantwortung ermöglicht wird.

Gerne stehen wir zu weiterführenden Gesprächen bereit.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre



Marie-Luise Müller
Präsidentin

Postfach 30 32 20
D-10729 Berlin
www.deutscher-pflegerat.de
E-mail: dprwiesbaden@aol.com

gez. Ellen Paschke
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Mitglied im Bundesvorstand

Postfach
10112 Berlin
www.verdi.de
E-mail: gerd.dielmann@verdi.de